



Tagung zur Regionalplanung in urbanen Großräumen

Auf Einladung der Wüstenrot Stiftung und des dfi fand am 3. und 4. Dezember ein deutsch-französischer Workshop in München statt, an dem Experten und Praktiker der Stadt- und Regionalplanung beider Länder teilnahmen.

Der Workshop reihte sich ein in eine Serie deutsch-französischer Dialogforen zu Fragen der Stadtentwicklung, die das dfi in den vergangenen Jahren in Zusammenarbeit mit der Wüstenrot Stiftung organisiert hat (https://www.dfi.de/de/Projekte/Projekte-Bereiche/projekte_neu-Stadt.shtml). Im Zentrum stand dabei stets der Erfahrungsaustausch lokaler Entscheidungsträger, der bei allen Unterschieden in vielfacher Hinsicht als Inspirationsquelle dienen kann. Dabei geht es weniger um die Vorstellung von Best Practice-Beispielen als um eine offene Diskussion über die Herausforderungen und Probleme, mit denen die Stadt- und Raumplanung heute konfrontiert ist.

Schon im Frühjahr hatten sich deutsche und französische Wissenschaftler in Ludwigsburg getroffen, um über das Entstehen sozialräumlicher Differenzierungen in urbanen Großräumen zu diskutieren und die Frage zu erörtern, wie institutionelle Planungsinstanzen auf diese Entwicklungen reagieren können.

In den vergangenen Jahrzehnten ist es in immer stärkerem Maße zu einem Auseinanderfallen des räumlichen Zuschnitts von institutioneller Planung und tatsächlichen Raumentwicklungen gekommen. Angesichts der fortschreitenden Interdependenz zwischen den Kommunen eines urbanen Großraums geht es daher vor allem um die Weiterentwicklung von Governance-Strukturen, um eine Kooperation lokaler Akteure zum Zwecke der Bereitstellung einer leistungsfähigen regionalen Infrastruktur für die Bewohner einer Stadtregion zu ermöglichen.

Auch bei den Vorträgen und Diskussionen in München wurde deutlich, dass Abgrenzungen der räumlichen Planung heutzutage fließend sein müssen, um funktionale Verflechtungen angemessen abzubilden. Die Aufgabe besteht darin, flexible Kooperationsstrukturen für einen erweiterten Raum zu schaffen, die einen Interessenausgleich zwischen lokalen Akteuren (aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft) ermöglichen, der sich nicht in der finanziellen Umverteilung von der Kernstadt ins Umland erschöpft, sondern auch das Entwicklungspotenzial kleinerer Zentren berücksichtigt. Außerdem dürfen bei der Diskussion über Local Governance-Strukturen die Bedürfnisse der Menschen (in Bezug auf Wohn-, Mobilitäts- und Nahversorgungsangebote) nicht aus dem Blick geraten – gerade auch jener, die

abseits der Verkehrsachsen eines urbanen Großraums leben. Zu den Fragen, die in diesem Zusammenhang erörtert wurden, zählen das Zusammenspiel von formeller und informeller Planung, die Legitimierung von Entscheidungen und die sinnvolle Einbindung der Bürger.

Die Gegenüberstellung der Situation in Deutschland und Frankreich hat gezeigt, dass die urbanen Großräume in beiden Ländern vor ähnlichen Herausforderungen stehen und dass den Stadt-Umland-Beziehungen dabei eine wichtige Rolle zukommt. Wenngleich im deutsch-französischen Vergleich grundlegende Unterschiede in Bezug auf die Rolle des Staates bei der Gestaltung lokaler Steuerungsstrukturen bestehen (wie jüngst z.B. anhand der Schaffung von 22 „Métropoles“ als neue Form interkommunaler Zusammenarbeit in französischen Großstädten deutlich wurde), hat der Erfahrungsaustausch zwischen Verantwortlichen und Experten beider Länder Hinweise auf Konvergenzen zwischen Deutschland und Frankreich geliefert und den Teilnehmern interessante Denkanstöße gegeben.

Es hat sich aber auch gezeigt, dass bei der Konzeption neuer Kooperationsformate zwischen Kommunen eines Verflechtungsraums (die entweder bi- oder multilateral angelegt sein können) vielfach eher eine schrittweise und pragmatische Anpassung an die zu beobachtenden Veränderungen privilegiert wird, während die Aufgeschlossenheit für neue Ansätze in der regionalen Planung, die den Blick weiter in die Zukunft richten und z.B. die Bildung regionaler Verantwortungsgemeinschaften vorantreiben könnten, bisher nur bedingt vorhanden ist. Symptomatisch hierfür war der in die Diskussion eingebrachte Begriff der „Beutegemeinschaft“, die zwar Anreiz und Motor für regionale Kooperation sein kann, jedoch keine langfristige Perspektive für einen funktionalen Raum bietet.

grillmayer@dfi.de